

08. Februar 2016

### **Stahldialog Niedersachsen: Starker Schulterschluss für die Branche**

„Der heutige Stahldialog in Niedersachsen ist ein starkes Signal gegen weitere Belastungen unserer Branche“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Hannover. „Das Land Niedersachsen und die Beschäftigten der Stahlindustrie wissen um den Beitrag der Stahlunternehmen für die regionale Wertschöpfung und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Sie erleben die gegenwärtigen Bedrohungen für die Stahlindustrie aus unmittelbarer Nähe. Deshalb ist der heute demonstrierte Schulterschluss für die Branche von zentraler Bedeutung.“

Die Stahlindustrie im Land sei durch ihre Einbindung in starke industrielle Wertschöpfungsketten gut aufgestellt. Dieses erfolgreiche industrielle Geschäftsmodell werde in Deutschland und Niedersachsen durch die zunehmenden Importe aus China zu Dumpingpreisen ernsthaft bedroht, so Kerkhoff. Um die Herausforderungen meistern zu können, brauche es mehr denn je gleiche Wettbewerbsbedingungen, d.h. die Unterbindung von unfairem Handel auf dem europäischen Stahlmarkt. In der Klimapolitik sei ein Emissionsrechtehandel ohne Belastungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unerlässlich.

„Das Handelsschutz-Instrumentarium der EU muss konsequent angewendet werden“, fordert der Verbandspräsident. „Vor allem die Verfahrenszeiten sollten verkürzt werden. Man muss bereits bei einer drohenden Schädigung aktiv werden können, statt zu warten, bis ein materieller Schaden bereits entstanden ist.“ Zudem dürfe keine voreilige Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft erfolgen, warnt Kerkhoff.

Da in dem Klimaabkommen in Paris für die Vertragsstaaten keine verbindlichen und vergleichbaren Klimaziele festgelegt wurden, sind in der Klimapolitik global weiterhin keine fairen Wettbewerbsbedingungen gegeben. „Deshalb fordern wir, dass die Europäische Kommission ihren Vorschlag zum Emissionshandel grundlegend überarbeitet, um schwerwiegende Wettbewerbsnachteile für die Stahlindustrie zu verhindern.“ „Sollte der Vorschlag Realität werden, drohen der Stahlindustrie in Deutschland im nächsten Jahrzehnt Belastungen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Das wäre nicht aufzufangen, würde die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel vollständig aufzehren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zunichtemachen.“ Die Zuteilung müsse im Umfang der Emissionen der effizientesten Anlagen erfolgen und dürfe darüber hinaus keinen Kürzungen unterzogen werden. Die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen müssten vollständig kompensiert werden.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.stahl-online.de](http://www.stahl-online.de)

#### **Rückfragen**

Beate Brüninghaus, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Sohnstraße 65, 40237 Düsseldorf

Fon + 49 211 6707-115 oder -116 · Fax + 49 211 6707-676 · [beate.brueeninghaus@stahl-zentrum.de](mailto:beate.brueeninghaus@stahl-zentrum.de)